

APPELL AN IRAKISCHE REGIERUNG



Die geplante Gesetzesänderung im Irak stuft das Heiratsalter für Mädchen von 15 auf neun Jahre herab. Dieses Vorhaben stellt einen massiven Eingriff in die Rechte für Frauen und junge Mädchen dar. Die IGFM appelliert gemeinsam mit weiteren Organisationen gegen diese „Legalisierung“ der Kinderehe und fordert von der irakischen Regierung, ihren Verpflichtungen gegenüber Frauen und jungen Mädchen angemessen nachzukommen.
Foto: Pixabay

Legalisierung von Kindesmissbrauch

Geplante Gesetzesänderung im Irak gefährdet massiv die Rechte von Frauen und jungen Mädchen

Seit langem drängen konservative und religiöse Gruppen, insbesondere schiitische Geistliche und Parteien, dazu, das Personenstandsgesetz stärker an islamische Scharia-Prinzipien anzupassen. Bereits 2017 gab es den Versuch, mit Hilfe einer Gesetzesänderung den religiösen Einfluss zu stärken und das gesetzliche Mindestalter für die Ehe herabzusetzen. Der Vorschlag hätte es religiösen Gemeinschaften erlaubt, Ehe- und Familienangelegenheiten nach ihren eigenen religiösen Regeln zu regeln, bei dem u.a. Männer in Scheidungsfällen stärker bevorzugt werden und das Heiratsalter für Mädchen auf 9 Jahre herabgestuft. Die konfessionellen Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten könnten durch die Gesetzesänderung verstärkt werden.

Weitere Auswirkungen durch die „Legalisierung“ der Kinderehe

Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes

Demografische Entwicklung und gesellschaftliche Folgen

Negative Auswirkungen auf das internationale Ansehen

Zum Appell-Schreiben